

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Ruchsnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 RM. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 RM. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zeitungsverleger entgegen. — Einzelnummer 20 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Zeitler mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 RM. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 55

Montag, den 7. März 1921

71. Jahrgang.

Abschnitt 23-28 der Kohlengrundkarte und der März-Abschnitt der Kohlenzufuhrkarte werden zur Belieferung freigegeben.
Stadtrat Lichtenstein-Callnberg, am 7. März 1921.

Handelschule Lichtenstein-Callnberg.
Unsere Handelsmittelschule für Knaben und Mädchen bereitet von der 3-jährigen Allgemeinen Fortbildungsschule. Der Unterricht erprobt sich nach 2 Jahre, 30 Stunden wöchentlich im 1. Jahre 10
Im 2. Jahre können Schüler und Schülerinnen bereits in den Beruf eintreten. Die Ziele der Ausbildung gehen über die der 3-jährigen Handelschule hinaus.
Anmeldungen bis zum 4. April.
Handelschuldirektor Hans Wolf.

Selbstvergifter!

Anträge auf Ausstellung von Wahlkarten für Gerste und Hafer, sowie die Anmeldung des Brotgetreides für die Selbstvergifter auf die Hauptperiode vom 16. April bis 15. Juni 1921 sind bis zum 10. ds. Mts. bei den Wohnortsbehörden anzubringen. Die Ortsbezirke werden ersucht, die abgeschlossenen Listen bis spätestens den 14. ds. Mts. an den Bezirksverband einzureichen.
Bezirksverband Glauchau, den 2. März 1921.
— Nr. 6 a Ver. B. —

Kurze wichtige Nachrichten.

Die Handelskammer von Tübingen ist trotz der in Aussicht stehenden Annexion der Stadt von Mitteldeutschland die Bitte an Reichsregierung und Kaiser, ihre Entschlossenheit zu trennen, wie es die Rücksicht auf das ganze deutsche Volk verlangt. Wie sie auch jeden möglichen Handels- und Industrie werden ihre Folgen in treuer deutscher Weimarer auf sich nehmen.

Wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, sind auf Ersuchen des italienischen Generals de Marini, des Vertreters Italiens bei der internationalen Kommission in Lpz., weitere drei italienische Patrouillen zur Bekämpfung der Abmurrungstruppen nach Oberitalien in Marsch gesetzt worden.

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik ist beendet. In der Abstimmung wurden 5091 Stimmen für, 2064 gegen den Ausbruch abgegeben. Heute ist die Arbeit in weitem Umfang wieder aufgenommen worden.

Auf dem Ziemensschacht der Grube de Wandel bei Etzinger fand eine Schmelzexplosion statt. Elf gelötete Arbeiter sind abgeworfen, über 150 Mann sind noch in der Grube eingeschlossen. Ein großer Teil der Belegschaft stammt aus der Kreise Saarbrücken.

Der Volljurist des amerikanischen Arbeiterbundes hat beklagt, daß der Bund alle Beziehungen zu dem internationalen Gewerkschaftsbund lösen solle, da sich die amerikanischen Arbeiter nicht dem internationalen Gewerkschaftsbund wegen seiner revolutionären Betätigung und seiner Nichtanerkennung der nationalen Autonomie nicht anschließen könne.

Im Kriege zwischen Panama und Costa Rica wird an Panama gemeldet, daß die Truppen von Costa Rica Genab genommen haben. Die Streitkräfte von Panama ziehen sie zurück, indem sie ihre Toten und Verwundeten zurücklassen. Amerikanische Kriegsschiffe sind nach der Wende der Anruhe in See geschickt, um die amerikanischen Interessen zu schützen.
Nach einer aus Belang eingetroffenen Nachricht sind durch ein katastrophales Erdbeben in den Provinzen San-Juan und Guanacaste etwa 250 000 Menschen ums Leben gekommen.

Der Reichstag hat das Wort.

Berlin, 5. März.

Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung steht als einziger Punkt: Stellungnahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Fehrenbach:

Meine Damen und Herren! Der Reichstag hat den Wunsch geäußert, über den Stand der Verhandlungen in

Ein neuer deutscher Vorschlag?

Paris, 6. März. Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, Lloyd George habe seinen politischen Sekretär Philip Kerr zu der deutschen Delegation entsandt, und Staatssekretär Bergmann habe mit Lord D'Abernon verhandelt. Die Präliminarpredungen hätten gestern zu einer Beratung bei Lord Curzon geführt. Dr. Simons habe den alliierten Ministern in großen Zügen seinen Plan entwickelt. Das „Echo“ ist wenig erlautet davon, denn nach seiner Ansicht würden die mit so großen Eifer am Donnerstag verhandigten Sanktionen sich etwas lockern. Der Gedanke einer provisorischen Lösung für 5 Jahre mit der Aussicht auf eine spätere endgültige Lösung sei in radikalen englischen Kreisen gestern erörtert worden.

Paris, 6. März. Wie einem Bericht der „Agence Havas“ aus London zu entnehmen ist, hat gestern vormittag bei Lord Curzon eine Unterredung zwischen Dr. Simons und dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Am Nachmittag trafen die englischen, französischen und belgischen Sachverständigen mit den deutschen zusammen. Gegen Abend begab sich Briand in Vertretung Lloyd Georges, der nach Chequers gebracht war, um das Wochenende bei seiner Familie zu verbringen, zum Grafen Stora. Die deutsche Abordnung hielt in den ersten Abendstunden eine Sitzung ab.

London, 6. März. Das Reutersbureau erfährt, daß es leicht möglich ist, daß die Reparationskonferenz, die am Montag ihre nächste Zusammenkunft hat, abgebrochen wird, wenn die Deutschen keine bedeutend vernünftigeren Vorschläge vorlegen. Wenn indessen teilweise befriedigendere Vorschläge unterbreitet würden, welche seitens Deutschlands das Bestreben zeigen, der wahren Lage gerecht zu werden, dann würden sie von den alliierten Sachverständigen geprüft werden, wenn auch in Deutschlands früherer unüberlegter Haltung eine recht bedeutende Aenderung eintreten müßte. Einige Punkte in den deutschen Vorschlägen sollen dem Reutersbureau ziemlich vernünftig sein, doch sind die daraus gezogenen Schlussfolgerungen nichts weniger als vernünftig.

Es wäre möglich, aber die für heute zu erwartende Entscheidung schon jetzt zu prophesieren. Aber aus den hier wiedergegebenen Meldungen geht doch schon mit aller Klarheit hervor, daß die Entente selbst mit unvorstellbarem Hochdruck an der Schaffung einer Ausgleichsbasis arbeitet. Was man dabei erkennt, ist die grenzenlose Verlegenheit der Londoner Sanktionierer gegenüber der Tatsache, daß die Deutschen nicht beim ersten Klirren ins Manoech getreten sind. Man sieht man zu seiner höchsten Verblüffung, daß das deutsche Volk es hat, immer nur Schindluder mit sich treiben zu lassen, und da scheint den noch nicht ganz durch Holz und Eisen um Sinn und Verstand gekommenen Mitglieder der Entente plötzlich die Ahnung zu dämmern, daß die in den Bereich ihrer Wirklichkeit gerückten „Sanktionen“ in ihren Folgen für unsere lieben Feinde peinlicher sein würden als für uns.

London unterrichtet zu werden. Es ist das durchaus begreiflich. In den Tagen, da unsere Augen mit der größten Aufmerksamkeit auf London gerichtet sind, den Ort entscheidender Entscheidungen der deutschen Lebensfragen, ist natürlich der Deutsche Reichstag als Repräsentant des deutschen Volkswillens mehr als je von dem Verantwortungsgesühl durchdrungen, das den politischen Faktoren auferlegt ist. Von diesem gleichen hohen Bewußtsein des Verantwortungsgesühls für das Wohl und Wehe des deutschen Volkes erfüllt, hat aber auch das Kabinett die Frage sorgfältig geprüft, inwiefern es im gegenwärtigen Moment mit Erklärungen in diesem hohen Hause die Aufgabe fördern oder schädigen kann, die unseren Unterhändlern in London obliegt. Diese Erwägungen haben das Kabinett zu der Heberzeugung geführt, daß wir uns während der schwebenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erklärungen zu beschränken haben. (Hört, hört!) und Anruhe bei den Kommunisten und Unabhängigen.) Ich halte mich daher für verpflichtet, über folgende Erklärungen nicht hinauszugehen: Das Kabinett muß entscheidendes Gewicht darauf legen, daß unsere Unterhänd-

ler bei der Durchführung ihrer Aufgaben nicht durch einen in seinen Folgen unübersehbaren Eingriff von hier gestört werden.
So sucht man im letzten Augenblick nach einer Art, aus der üblen Situation herauszukommen. Der unvermeidliche Vertinax im „Echo de Paris“ weiß von einem neuen deutschen Vorschlag zu berichten. Hiernach soll Simons in flüchtigen Notizen einen neuen Plan entwickelt haben, von dessen Aufnahme bei England man sich eine Vorstellung machen kann, wenn der edle Vertinax unwirksam vermerkt: Die Sanktionen, von denen noch am Donnerstag sich ein Geschrei gemacht wurde, scheinen sich zu lockern! Ueber die Art des neuen deutschen Angebots läßt sich diesen Mitteilungen nichts Sicheres entnehmen. Es scheint aber, daß der Hinweis auf die Erörterung der Seydoux'schen Pläne in „radikalen englischen Kreisen“ nicht zufällig an dieser Stelle eingeschoben ist. Die Seydoux'schen Pläne — Festlegung der ersten fünf Jahresraten und Vertagung des weiteren Tilgungsplanes bis nach deren Bezahlung — wären ein Ausweg, eine Lösung wären sie nicht.

Wir haben gar keinen Anlaß, unseren brutalen Zwingherren in irgend einer Weise die Ausübung ihrer Zwingherrschaft zu erleichtern. Wir wollen und müssen heraus aus der Ungewißheit! Klare Verhältnisse sind es, die wir brauchen. Diese Verhältnisse würden durch Annahme der Seydoux'schen „Lösung“ bis auf den Sankt Nimmerleinstag vertagt. Denn selbstverständlich würde sich nach den fünf Abzahlungsjahren dieselbe Tragödie von vorn abspielen.

Aber, wie gesagt, wir wollen über den Ausgang der Londoner Besprechungen nicht prophezeien. Wir sind immer noch auf bloße Vermutungen angewiesen. Welche Lösung aber auch in Betracht gezogen werde: sicher ist, daß nur eine solche für uns in Frage kommt, die wirklich erfüllbare Pflichten uns auferlegt, und die uns aus der eben unwürdigen wie verhängnisvollen Stellung eines Spielballs für jegliche Entente willkür heraushebt. Sofern wir, daß unsere Unterhändler die Stunde richtig nützen!

Hierzu liegt noch folgende Depesche vor:

Einnützigkeit zwischen Delegation und Regierung.

Berlin, 6. März. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus London ist die deutsche Delegation in voller Arbeit mit der Vorbereitung des Materials für die Rede des Reichsministers Dr. Simons, welche er am Montag vor der Konferenz halten wird. Daneben findet ein lebhafter Depeschenaustausch zwischen Delegation und Reichsregierung statt. Wie die Blätter von gut unterrichteter Seite erfahren, ist die Lage für die deutsche Delegation klar und unabweisbar. Es steht zweifellos fest, daß eine Unterzeichnung der Berliner Beschlüsse für die Delegation nicht in Frage kommt. Es besteht in dieser Frage vollkommene Einmütigkeit zwischen Kabinett und der Londoner Vertretern. Die schwache Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen, welche in der Rede Lloyd Georges erblickt werden kann, wird von der Delegation benutzt werden, jedoch dürfe diese geringe Verhandlungsmöglichkeit nicht über den Ernst der Lage hinwegtäuschen.

ler bei der Durchführung ihrer Aufgaben nicht durch einen in seinen Folgen unübersehbaren Eingriff von hier gestört werden.

Im Einklang mit den vom Reichstag gebilligten Richtlinien hat der Minister des Auswärtigen vom Kabinett den Auftrag mitzubekommen, daß er seine Unterrichts unter teuerlich Verpflichtungen setzen darf, bis das deutsche Volk nicht trauern können. An diesem Auftrag ist nichts geändert worden, und wird nichts geändert werden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Das Kabinett ist überzeugt, daß der Minister des Auswärtigen alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausnützen wird. Lassen Sie mich der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß das deutsche Volk die Unterrichts seines Beauftragten einsehen wird, wenn sie eine Zusage deckt, die nach sorgfältiger Prüfung die Grenzen äußerster möglicher Leistungen innehat, daß das deutsche Volk aber ebenso fest hinter seinen Beauftragten stehen wird, wenn sie sich weigern, ihren Namen unter ein Schriftstück